

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Inhalt: die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtbürokrasse Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 38 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheinung: täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Preise und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porstendorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: K. Koblappner

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gepaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 173

Bad Schandau, Mittwoch, den 27. Juli 1927

71. Jahrgang

Aussprache über die Wiener Revolte

Seipel vor dem Nationalrat.

Nachspiel zu den Wiener Unruhen.

Vor dem Wiener Nationalrat kamen jetzt die blutigen Ereignisse in Wien zur parlamentarischen Verhandlung. In politischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß es von dieser Sitzung abhängen wird, ob der Nationalrat noch weiter bestehen oder aufgelöst werden soll. Das Haus machte den an großen Parlamentstagen üblichen Eindruck. Es waren strenge Absperrungen getroffen worden, um jeden Zwischenfall zu vermeiden.

Bald nach Eröffnung der Sitzung erhielt Bundeskanzler Seipel das Wort, der sich unter atemloser Spannung des Hauses zu seiner Rede über die Vorgänge vom 15. bis 18. Juli erhob.

Es sei Aufgabe des Nationalrates, so sagte er einleitend, dafür zu sorgen, daß in Zukunft solche Ereignisse nicht wiederkehren und die österreichische Republik von ihren Wunden geheilt. Seipel erörterte dann den Ausgangspunkt der Unruhen, das Schattendorfer Urteil. Man könne diesem Geschworenengericht nicht den Vorwurf machen, daß es ein Klaffen gerichtet gewesen sei. Wenn aus der Initiative der Nationalversammlung heraus im Zusammenwirken aller der Regierung ein Vorschlag gemacht wird, wie sie das Gerichtswesen in Zukunft regeln soll, um es der Lebenshaft mehr zu entziehen, gebe ich jetzt schon meine Zustimmung.

Der Bundeskanzler schilderte dann, wie es aus einer teilweisen Arbeitsniederlegung und einer Demonstration zu den Ausschreitungen am 15. Juli

kam. Bei dem ersten Angriff auf die Sicherheitswache war diese nicht mit Gewehren bewaffnet. Wie die Vorkämpfer der Krankenhäuser sagen, sind zwei Stunden lang nur verwundete Polizeibeamte eingeliefert worden. Als man gesehen hatte, welche Dimensionen die Bewegung annahm, da hat der Polizeipräsident in Erfüllung seiner Pflicht vom Landeshauptmann in Wien verlangt, daß er militärische Unterstützung anfordere. Der Landeshauptmann hat das abgelehnt. Da mußte der Polizeipräsident in seinem eigenen Wirkungsbereich vorgehen. Er hat bestimmte Abteilungen der

Polizei mit Gewehren bewaffnet. Erst dann ist der Umschwung eingetreten. Die Militärassistenten wurde dann nur zu einem bestimmten Zweck auf eigene Verantwortung des Polizeipräsidenten herangezogen, um das Parlament und den Justizpalast zu schützen. Seitdem das Militär die Befehle durchgeföhrt hatte, haben die Erzeffe aufgehört und das Militär brachte keinen Schutz abzugeben. Vielleicht wäre die Hälfte der Opfer vermieden worden, wenn das Militär sofort herangezogen worden wäre. Es hätte nicht zu solchen brauchen, es hätte nur durch die Strafen marschieren müssen. Sein bloßer Mißtraß hätte genügt. Dieser erste Fehler hat nach meiner Meinung sich am Landeshauptmann in Wien später noch in einer anderen Weise gezeigt. Als am zweiten Tage in den äußeren Bezirken lebhaft

Unruhen waren, da hat der Landeshauptmann gesehen, was ihm fehlte, weil er die Militärunterstützung nicht gestellt hatte. Der Bürgermeister hat dann seine

Gemeindefürsorge aufgestellt

und ihr die Funktionen der Polizei gegeben. Ich mache dem Bürgermeister von Wien nicht einen Vorwurf daraus, daß er ohne Bewilligung in einem solchen Falle getan hat, was er für gut befand. Aber er darf es nicht zulassen, daß die Gemeindefürsorge zu einer ständigen Einrichtung wird, die nach Überzeugung der Regierung nicht der Befriedigung des Staates dient. Von einem großen Teil der Bevölkerung wird sie als ständige Bedrohung angesehen. (Lebhafter Beifall rechts, Zwischenrufe links.) Nachdem nun die Unruhen vorüber sind, wird in unerhöfelter Weise

gegen die Polizei gehetzt.

Wenn man bedenkt, daß ein Viertel der im Dienst stehenden Polizisten verwundet wurde, wird man wohl sagen können: „Gott sei Dank, sie haben ihre Pflicht getan!“ (Hoch- und Bravorufe rechts, laute Psalmen links, anhaltender Lärm.) Der Bundeskanzler ging dann auf die Schäden ein, die die Proklamierung des allgemeinen Verkehrsstreiks verursachte. Er erklärte: Hätte der interne Telegraphen- und Telephondienst der Polizei während der gefährlichen Stunden funktioniert, wir hätten weniger Blutopfer gehabt. Der Verkehrsstreik hat zweitens der Verbreitung unrichtiger Nachrichten im Auslande Vorschub geleistet und er hat eine freie Tagung des Parlaments unmöglich gemacht. Der Bundeskanzler stellte sodann fest, daß nach allem, was bisher bekanntgeworden ist, die Bewegung nicht von außen her entfacht worden ist.

Selbst wir alle, so schloß Dr. Seipel, den wirklichen Frieden herzustellen, daß wieder Zustände geschaffen werden, durch die wir in der Lage sind, Angriffe anderer abzuwehren.

Nach der Rede des Bundeskanzlers, die von den bürgerlichen Parteien mit langanhaltendem Beifall quittiert wurde,

der Sprecher der Sozialdemokratie,

Dr. Otto Bauer, die Rednertribüne. Er führte aus, daß sich in beiden gemäßigten Lagern, auch in seiner eigenen Partei, ernste Fehler der Organisation gezeigt hätten. Er rügte, daß die Menge nicht wie früher durch Hornsignale gewarnt worden sei, bevor das Salvenfeuer der Polizei einsetzte. Diese sei durch falsche Gerüchte in künstliche Erregung verbergt worden. Schließlich nahm der Redner noch den sozialdemokratischen Bürgermeister Dr. Seitz vor den gegen ihn gerichteten Angriffen in Schutz.

Forderungen der Steiermark.

Der Steiermärkische Landtag befaßte sich ebenfalls mit den Wiener Vorgängen und mit dem Verkehrsstreik. In der Sitzung kam es wiederholt zu stürmischen Auseinandersetzungen. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die Wiedereinführung der Todesstrafe, eine Reform der Schwurgerichte, Schutz der öffentlichen Verkehrsmittel und der lebenswichtigen Betriebe vor Stilllegung durch einen politischen Generalstreik und Umwandlung des Söldnerheeres in eine Miliz gefordert wird.

Die englischen Luftmanöver.

Abwehr eines Luftangriffs auf London.

Der für die Abwehr fremder Luftangriffe bestimmte Teil der englischen Luftflotte hält jetzt zum erstenmal ein Luftmanöver ab. Die Generalidee, die dem Manöver zugrunde liegt, ist die Abwehr eines Luftangriffs auf die Landeshauptstadt. London ist von den Feinden heftig mit Bomben belegt worden, so daß die Regierung ihren Sitz nach Manchester verlegt. Der Feind will nun eine Zusammenziehung der Verteidigungskräfte bei Manchester verhindern und hat neun Geschwader von Bombenflugzeugen mit der Aufgabe betraut, die Abwehrgeschwader an der ursprünglichen Kampffront festzuhalten. Die Abwehrgeschwader aber sollen die feindlichen Geschwader stellen, noch bevor sie die Küste überfliegen haben.

Neue englische Vorschläge für die Seeabrüstungskonferenz.

London, 26. Juli. Heute nachmittag fand im Unterhaus eine weitere Sonder Sitzung des britischen Kabinetts statt, die sich mit den Seeabrüstungsverhandlungen befaßte. Das Datum der Rückreise Bridgemans und Lord Cecil's nach Genf ist noch nicht endgültig festgelegt worden, doch erwartet man, daß beide morgen London wieder verlassen werden.

Es verlautet, daß die britische Regierung eine Lösung der Schwierigkeiten darin sieht, die Kreuzer in zwei Klassen zu teilen; eine Klasse für Kampfkreuzer von 10 000 Tonnen und eine zweite Klasse für Schiffe geringeren Inhalts und geringerer Bestückung für Handelszwecke. Die Zahl der ersteren würde auf der Basis der Gleichberechtigung mit Amerika beschränkt werden, während der Bau von leichten Kreuzern für Handelszwecke jeder der drei an der Konferenz teilnehmenden Nationen freigestellt werden soll.

Für eilige Leser.

* Im Stuttgarter Kommunistenprozess wurden nach achtundzwanzigtägiger Verhandlung schwere Zuchthausstrafen verhängt.

* In Beuthen ist eine aus Schusslingen bestehende Diebesbande verhaftet worden.

* Im österreichischen Nationalrat legte der Bundeskanzler Seipel seine Ansichten über die letzten Vorgänge in Wien dar.

* Die Generalidee der englischen Luftmanöver, die jetzt begonnen haben, ist die Abwehr eines Luftangriffs auf London.

* Wie die Boffische Zeitung aus Madrid berichtet, fuhr in Marato ein Eisenbahnzug auf einen haltenden Zug auf, wobei mehr als 100 Personen leicht verletzt wurden.

* Die „Nacht Ausgabe“ gibt eine in London aus Hongkong eingegangene Meldung wieder, nach der eine große chinesische Passagier-Dschunke auf dem Wege von Kanton nach Hongkong in einen Taifun geriet und unterging. Es dürften mindestens 150 Personen ertrunken sein.

Schafkanzler Churchill teilte heute nachmittag im Unterhause mit, daß eine Erklärung der Regierung über die mit Genf zusammenhängenden Fragen entweder Mittwoch oder Donnerstag abgegeben werden würde.

Marx verläßt das Reichsbanner.

Die Haltung des Zentrums.

Die Mißstimmung, die der Aufruf des Reichsbannerführers Hörings anlässlich der blutigen Unruhen in Wien auch innerhalb der Reichsbannerkreise hervorgerufen hat, scheint doch nicht so ohne weiteres verschwinden zu wollen.



Reichstagsabgeordneter Dr. Landsberg, der voraussichtlich Nachfolger Hörings als Oberpräsident der Provinz Sachsen werden wird.

wie es die ersten oststjosen aus Reichsbannerkreisen stammenden Meldungen bezeugen. Reichskanzler Marx, der dem Reichsbanner seit etwa zwei Jahren angehört, hat nämlich an den Vorstand des Reichsbanners ein Schreiben gerichtet, in dem er seinen Austritt aus dem Reichsbanner erklärt. Begründet wird dieser Austritt mit der Kundgebung des Vorstandes des Reichsbanners an den Republikanischen Schutzbund in Wien, die, wie Dr. Marx schreibt, eine unbedingte Einmischung in die politischen Verhältnisse des befreundeten Österreichs und eine schwere Herabsetzung und Beleidigung der Bundesregierung sei.

Im übrigen sind die Vertreter der Zentrumspartei im Vorstand und im Reichsausschuss des Reichsbanners zu einer Besprechung nach Berlin berufen worden. In dieser Besprechung soll die weitere Haltung des Zentrums gegenüber dem Reichsbanner festgelegt werden. Schon jetzt kann mitgeteilt werden, daß die Zentrumsmitglieder des Reichsbanner Vorstandes über den Aufruf Hörings sehr ungehalten waren, zumal sie überhaupt nicht vorher in Kenntnis gesetzt worden waren. Sie haben gegen die Vorwürfe, die in dem Aufruf gegen die österreichische Regierung erhoben worden sind, Verwahrung eingelegt und verlangen Sicherungen gegen die Wiederholung ähnlicher unliebsamer Vorkommnisse.

Das preussische Kabinet genehmigte das Rücktrittsgesuch Hörings. Die Frage der Nachfolgerschaft ist noch nicht entschieden worden. Der preussische Minister des Innern soll sich zunächst mit dem Provinzialausschuss in Verbindung setzen. Wie es heißt, wird das Kabinet den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Landsberg, der früher Reichsjustizminister und Gesandter in Brüssel war und mehrere Jahre seine Rechtsanwaltspraxis in Magdeburg ausübte, als Nachfolger in Vorschlag bringen.

Frankreichs Kampf gegen die Rheinland-Räumung

Paris, 26. Juli. Unter dem Vorsitz von General Hirschauer hat sich in Nancy ein Aktionskomitee gebildet, das in Elsaß-Lothringen eine Bewegung gegen die Räumung des linken Rheinufers ins Leben rufen will, bevor nicht die Nordostgrenze Frankreichs in Verteidigungszustand gesetzt wird. Die „Lothringische Vereinigung zum Schutze der Nordostgrenze“ richtet an alle Franzosen und Französinen einen Aufruf zum Beitritt, „um der Regierung eine mächtige Stütze zu geben, wenn Deutschland die vorzeitige Rheinlandräumung verlangen wird“. In ganz Elsaß-Lothringen sollen ähnliche regionale Verbände gegründet werden, die General Hirschauer im voraus den Vorsitz übernommen hat.

250 Mostauer Kommunisten unter Vergiftungserscheinungen erkrankt.

Warschau, 26. Juli. Nach Meldungen aus Mostau sind in dem kommunistischen Klub 374 bis 250 Kommunisten während eines Essens unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Sechs von ihnen sind bereits gestorben. Die Angelegenheit bedarf noch der Klärung. In kommunistischen Kreisen spricht man von der Möglichkeit eines Attentats.

Die Kündigung der deutschen Lehrer in Memel von der litauischen Regierung bestätigt.

Riga. Die litauische Regierung hat die Kündigung der deutschen Lehrer in Memel bestätigt. In litauischen Regierungskreisen ist man über den bevorstehenden Verlauf der Wahlen in Memel besorgt. Es heißt, die litauische Agrar-Bank habe eine Million Lit für die Propaganda in Memel bereitgestellt. Wie verlautet sollen die Kommunisten bei den bevorstehenden Wahlen ausgeschlossen werden.